4. Jahrgang. Nr. 41.

Danzig, Montag, den 18. Februar 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreußischen Zeitung, Hundegasse 70. **Vierteljährlicher Abonnements-Preis:** für Dnzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.

**Monats-Abonnements 12½ Sgr.**

# West-Preußische Zeitung.

Mit Gott für König und Vaterland

SUUM CUIQUE

Nr. 41. 4. Jahrgang

Danzig, Montag, den 18. Februar 1867.

**Insertions-Gebühren:** die Petit-Spaltzeile oder deren Raum 1 Sgr.

**Inserate nehmen an:**

in Berlin: A. Retemeyer's Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2,
in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler,
in Leipzig: Illgen & Co.,
in Danzig: die Expedition der Westpreuß. Zeitung, Hundegasse 70.

**Einzelne Nummern 1 Sgr.**

## ** Die katholische Kirche ist als solche diesmal bei den Parlamentswahlen aufgetreten.

Darauf deutet der Umstand unzweideutig hin, daß fast überall, wo es sich irgend thun ließ, selbst dort, wo (wie in Berlin) der Katholicismus sich in sehr großer Minderheit befindet, spezifisch-katholische Candidaten aufgestellt worden sind. Der Anstoß hiezu ging überall von der katholischen Geistlichkeit aus; man muß also nothwendig darauf schließen, daß diese Geistlichkeit nach der Order ihrer Oberen „vielleicht gar nach den Befehlen der römischen Curie" gehandelt hat.

Ob die katholische Kirche daran wohl weise, und in ihrem wahren eigenen Interesse gethan hat?

Die bezeichnete Maßregel kann aus nichts Anderem, als aus der Absicht des Widerstandes gegen die wachsende politische Gewalt des evangelischen Landesherrn, aus der Furcht vor einer Unterdrückung der katholischen Kirche hervorgegangen gedacht werden. Sonst gehört doch die Thätigkeit der Kirche, als solche, gewiß nicht auf das politische Gebiet, und auf das Gebiet der politischen Wählerei und Wühlerei! Solche Verwendung des geistlichen und politischen Gebiets aber versucht und bewirkt (zum Theil wenigstens) die katholische Geistlichkeit in demselben Moment, wo der Papst selbst laut anerkannt hat, daß nirgends die katholische Kirche freier sich bewegen könne, als in Preußen; und es geschieht dies in dem Preußenlande, wo Niemand daran zweifelt, daß eine volle Parität der christlichen Confessionen besteht, und wo noch in neuester Zeit hohe katholische Geistliche, wie der Bischof von Limburg bei der Einverleibung Nassau's, es ausdrücklich hervorgehoben haben, wie grade in Preußen die katholische Kirche am ungehemmtesten und freiesten ihre Kräfte entfalten könne.

Es giebt nach unsrer Ueberzeugung keinen Weg, welcher geeigneter wäre, zu einer Vernichtung dieser gerühmten und rühmenswerthen Parität zum Schaden des Katholicismus und zu einer Beschränkung seiner freien Entwickelung zu führen, als wenn die katholische Geistlichkeit es unternimmt, in politischen Dingen die katholische Kirche als solche agiren zu lassen, und den geistlichen Einfluß auf die Gewissen in politischen Dingen ausbeuten zu wollen. Es war schon eine Anomalie, daß sich im Abgeordnetenhause einst eine katholische Fraction bildete. Dieselbe hat, als eine widernatürliche Erscheinung in einer politischen Versammlung, wie sie das Abgeordnetenhaus doch nur ist und nur sein soll, Fiasco gemacht, und selbst ihren Namen aufgeben müssen. Dies Fiasco war eine nothwendige Folge des in dem Namen einer „katholischen politischen Fraction" an und für sich liegenden Widerspruchs, auch wenn diese Fraction nicht von dem politisch tief gefallenen Reichensperger und dem zwar als conservativer Geistlicher gewählten, aber als demokratischer Philosoph entpuppten Professor Michelis geleitet worden wäre, und sich mit der fortschrittlich-demokratischen Fraction bei allen Abstimmungen wider die Königliche Staatsregierung eng verbrüdert hätte. Was soll eine „katholische" Fraction im Abgeordnetenhause? Will sie einen protestantischen oder evangelischen Bund gegen sich, wie es doch schließlich naturgemäß und fast nothwendig wäre, also eine religiöse Spaltung im Volk, dreist hervorrufen? Das Letztere wäre solch ein Widersinn, wie es das Erstere ist, und würde nimmermehr zum Vortheil des Katholicismus, wie irgend einer Confession die sich der Staatsregierung entgegenwirst, ausschlagen. Der verständige, gläubige preußische Katholik weiß in seiner überwiegenden Mehrzahl sehr wohl, daß er in Preußen ein treuer Royalist und Anhänger der Königlichen Regierung sein darf ohne dadurch dem Interesse seiner Confession irgendwie entgegenzutreten. Warum will jetzt die katholische Geistlichkeit mit einem Mal den katholischen Glauben zum Zeichen einer politischen Parteistellung machen? Wir wiederholen unsere Ueberzeugung: Das schädigt die Stellung der katholischen Kirche in Preußen, selbst wenn man diese neueste Action ihrer Geistlichkeit, nur als den Beweis eines unberechtigten Mißtrauens und einer unverkennbaren Undankbarkeit gegenüber unserm König und Herrn auffaßt.

Aber noch mehr!

Was soll man gar dazu sagen, wenn die katholischen Geistlichen es nicht verschmäht haben, ihre Autorität dazu anzuwenden, polnisch-nationale antipreußische Bestrebungen zu fördern, indem sie bei ihren Kalendefahrten oder bei Gelegenheit anderer geistlicher Amtshandlungen die Wahl solcher polnischredender preußischer Unterthanen gradezu empfahlen und durch Austheilung entsprechender Wahlzettel direkt unterstützten, von denen es bekannt ist, daß sie von dem sogenannten polnischen National-Comitee als ihre Sonderbunds-Kandidaten Behufs affer Opposition gegen die Bestrebungen des Königs und seiner Staatsregierung aufgestellt sind! Das aber ist notorisch an unzähligen Orten, und, soweit unsere Nachrichten reichen, von allen katholischen Geistlichen hiesiger Umgegend geschehen. Caveant consules, oder hier caveant episcopi, ne quid ecclesiam detrimenti capiat.

---

## * Das wichtigste Ereigniß,

welches jedenfalls das Hauptthema der Besprechung in den öffentlichen Organen für die nächsten Tage bilden wird, ist unstreitig die Rede, mit welcher der Kaiser Napoleon die Session des gesetzgebenden Körpers zu Paris am 14. d. M. eröffnet hat und deren Wortlaut wir in unserer Zeitung am Freitag laut Telegramm mitgetheilt haben.

Vor Allem muß constatirt werden, daß die Rede des Kaisers einen entschieden friedlichen Charakter an sich trägt. Sie ist ferner sehr ruhig und vorsichtig gehalten und entbehrt der klingenden Rhetorik, der sonoren Phrase, wie sie das Französische Ohr liebt.

Allerdings sagt sie genug, sie verschweigt aber doch noch mehr.

Frankreich lebt im besten Einvernehmen mit allen europäischen Mächten; seine Beziehungen zu England sind „innige"; Preußen ist mit Frankreich über die wichtigsten europäischen Fragen im Einklange; Rußland ist versöhnlich und will seine Politik von der Frankreichs nicht trennen; dasselbe gilt von Oesterreich. Die Stelle über Preußen trägt der Französischen National-Eitelkeit einigermaßen Rechnung, — obwohl die Französischen Freunde Oesterreichs immer noch die Frage frei haben, warum denn die Haltung Frankreichs das siegreiche Preußen erst vor den Thoren Wiens aufgehalten hat und nicht früher.

Die Preußen hielten inne aus Rücksicht auf Frankreich; das ist die reine Wahrheit. Wir haben uns aber über Frankreich deßwegen nicht zu beklagen; denn seine Einmischung erfolgte nicht in drohender Weise, und der Kaiser der Franzosen beschränkte sich darauf, uns zu sagen: „Ich rathe Euch, nehmt Wien nicht ein; denn sonst kann ich bei der Stimmung der Französischen Nation für nichts stehen."

Es wird bei uns nicht an Heißspornen fehlen, welche sich durch diese Worte verletzt fühlen und sie für eine leere Prahlerei ausgeben möchten. Sie haben aber in jeder Weise unrecht. Wir möchten doch wissen, wer die Preußen gehindert hat, in Wien einzurücken. Die Oesterreicher wahrhaftig nicht. Darüber muß man diejenigen fragen, die damals vor Wien gestanden haben, und nicht minder diejenigen, welche in Wien gewesen sind. Die Behauptung Wiens war eine vollkommene Unmöglichkeit.

Daß die Größe Oesterreichs von Napoleon für ein unerläßliches Gebot des allgemeinen Gleichgewichts erklärt wird, muß namentlich in Oesterreich großen Beifall finden und entblödet sich die Wiener Presse nicht, hieran die hämische Bemerkung zu knüpfen, daß es ihr zur besonderen Befriedigung gereiche, daß Napoleon jetzt offiziell constatirt, daß er allein es war, welcher die Preußen vor Wien aufgehalten hat. „Es ist vortheilhaft, — sagt die Presse, — actenmäßig zu wissen, daß wir preußischer Großmuth auch nicht das Mindeste zu danken haben."

Ueber die Vergrößerung Preußens und die gesammte Aenderung der Machtverhältnisse in Deutschland sucht der Kaiser seine Franzosen mit Citaten aus den Schriften seines großen Oheims zu trösten.

In Bezug auf Italien wird die Nothwendigkeit, die weltliche Macht des Papstes aufrecht zu erhalten, wieder schärfer betont, als das während der letzten Zeit in officieller Weise geschehen ist. Wir haben nie geglaubt, daß der Papst so schnell Rom verlassen werde, haben es auch nie für möglich gehalten, daß Frankreich einer Vertreibung des Papstes durch Revolutionäre ruhig zusehen könne. Daß die Thronrede die weltliche Macht des Papstes unter den Schutz „Europas" stellt, ist nur eine feinere Form des Ausdruckes; Napoleon III. weiß recht gut, daß in diesem Fall Frankreich zunächst Europa sein würde.

Merkwürdig ist es, daß Napoleon in der Thronrede kein Wort über das sagt, was jetzt ganz Frankreich vorzugsweise beschäftigt, über die Industrie-Ausstellung. Und doch scheint es nach den Pariser Nachrichten gewiß zu sein, daß der Kaiser selbst mehr Gewicht als je auf die Ausstellung legt und daß seine lebhaftesten Wünsche dahin gehen, ihr auch im Auslande die möglichste Theilnahme zu erwecken und ihr durch Einladungen an befreundete Monarchen einen hervorstechenden Glanz zu verleihen.

Nachweislich hält sich die Rede möglichst im Bereiche einer objektiven Darstellung des seit der letzten Session geschehenen, um dergestalt am glimpflichsten über gewisse empfindliche Punkte hinwegzukommen; freilich war die mexikanische Frage nicht so leicht zu behandeln — das Fiasco mußte eingestanden werden, was denn in gelindester Form mit den Worten: „Die Anfangs erzielten glücklichen Resultate sind durch ein beklagenswerthes Zusammentreffen von Umständen compromittirt worden," geschehen ist.

In Bezug auf die orientalische Frage ist die Thronrede ungemein wortkarg; sie deutet auf die Reformmaßregeln der Pforte hin, welche in letzter Zeit wiederholt angekündigt und besprochen wurden.

Was in der Thronrede von den Reformen im französischen Regierungssystem und von der Besserung der Finanzen gesagt wird, enthält nichts Neues und kann daher nur geringe Bedeutung in Anspruch nehmen.

Bemerkenswerth in der ganzen Rede ist indessen die Appellation an den gesetzgebenden Körper wegen Vermehrung der Streit- und Vertheidigungskräfte Frankreichs; lies't man hier zwischen den Zeilen, so gewinnt man die Ueberzeugung, daß die zur Schau getragene friedliche Gesinnung des Kaisers in dem Bewußtsein wurzelt, seinen etwaigen Gegnern nicht gewachsen zu sein. —

---

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem General-Lieutenant von Zastrow, kommandirenden General des 7. Armee-Corps, sowie dem Seconde-Lieutenant Freiherrn von Dieskau vom 2. Garde-Dragoner-Regiment und dem Premier-Lieutenant von Witzleben von der Artillerie 1. Aufgebots des 2. Bataillons (Oels) 3ten Niederschlesischen Landwehr-Regiments Nr. 10 die Erlaubniß zur Anlegung des von des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin Königliche Hoheit ihnen verliehenen Militair-Verdienst-Kreuzes zu ertheilen.

Ferner: Den Ober-Telegraphisten Johann Joseph Eduard Arnold, Bernsdorff, Kittmann und Müller in Berlin, Kuchenbecker in Coblenz, Lehmann in Magdeburg und Peist in Gotha, ferner den Telegraphisten Nebelung in Cöln, Räthel in Stettin, Schubert in Berlin und Senula in Bromberg das Allgemeine Ehrenzeichen am Bande des Rothen-Adler-Ordens mit schwarzen Streifen, sowie dem Ober-Telegraphisten Carl Arnold in Berlin das Allgemeine Ehrenzeichen am statutenmäßigen Bande zu verleihen.

---

## Weitere Wahlen zum Norddeutschen Parlament.

— Die bisherigen amtlichen Meldungen über definitiv vollzogene Wahlen sind folgende:

Königsberg. 1. Wahlkr.: General von Moltke, 4. Wahlkr.: Landr. Baron v. Hüllessen, 6. Wahlkr.: Geh. Ober-Reg.-Rath Dr. Krätzig in Berlin.

Posen. 1. Wahlkr.: Kreisrichter Motty zu Posen, 5. Wahlkr.: Fürst Roman Czartoryski zu Jutroschin, 6. Wahlkr.: Kreisrichter v. Puttkammer in Fraustadt.

Bromberg. 2. Wahlkr. v. Sänger-Grabowo, 3. Wahlkr.: Gutsbesitzer v. Leipziger in Pietronke.

Potsdam. 6. Wahlkr.: Kreis-Deputirter v. Treskow auf Friedrichsfelde.

Frankfurt. 1. Wahlkr.: v. Wedemeyer-Schönrade, 3. Wahlkr.: Präsident Dr. Lette.

Stettin. Gen. Landschaftsrath v. Blankenburg auf Zimmerhausen.

Cöslin. 5. Wahlkr.: Geh. Reg. Rath Wagener.

Breslau. 1. Wahlkr.: Wirkl. Geh. Rath und Präsident v. Frankenberg-Ludwigsdorf, 2. Wahlkr.: Ober-Erbkämmerer von Schlesien Graf v. Maltzan auf Militsch, 4. Wahlkreis: Bürgermeister Riedel, 5. Wahlkreis: Oberstlieut. a. D. Freiherr v. Vincke-Olbendorf, 6. Wahlkr.: Rechtsanwalt Bouneß, 7. Wahlkr.: Simon, 10. Wahlkr.: Kommerzienrath Reichenheim.

Oppeln: 1. Wahlkr.: Graf v. Bethusy-Huc, 7. Wahlkr.: Fürst Pleß, 8. Wahlkreis: Fürst Lychnowski.

Liegnitz. 2. Wahlkr.: Reg.-Rath z. D. zur Megede, 5. Wahlkr.: Geheimer Reg.- und Landrath von Cottenet auf Braunau, 8. Wahlkr.: Professor Röpell aus Breslau.

Magdeburg. 1ster Wahlkreis: Graf Schulenburg-Beetzendorf. Zweiter Wahlkreis: Rittergutsbesitzer von Bismarck-Briest, dritter Wahlkreis: Minister-Präsident Graf v. Bismarck, 4. Wahlkreis: Regierungs-Rath a. D. v. Unruh, 5. Wahlkreis: Graf Schwerin-Putzar, 6. Wahlkreis: Amtsrath Fran

7. Wahlkreis: Amtsrath Dietze, 8. Wahlkr. Graf Stolberg.

Merseburg. 4. Wahlkr.: Geh. Reg.-Rath Duncker.

Erfurt. 4. Wahlkr.: Dr. Gustav Freytag in Leipzig.

Minden. 1. Wahlkreis: Oberst v. d. Goltz, 2. Wahlkr.: Staatsminister v. Bodelschwingh.

Arnsberg. 4. Wahlkr.: G. v. Vincke, 5. Wahlkr.: Landrath Pilgrim.

Düsseldorf. 5. Wahlkreis: Landrath Devens, 7. Wahlkr: Gutsbes. Hermann v. Rath.

Koblenz. 5. Wahlkr. Landrath Delius in Mayen.

Trier. 6. Wahlkr.: Kommerzien-Rath Stumm in Neunkirchen.

Nassau. 4. Wahlkr.: Gutsbes. Johannes Kapp aus Dauborn.

Hannover. 3. Wahlkr.: Ob.-Kronanwalt Windthorst in Cleve, 10. Wahlkr.: Senator Römer.

Schleswig-Holstein. 6. Wahlkr.: Ober-Gerichts-Rath a. D. Jensen.

Posen. 2. Wahlkr.: Rittergutsbesitzer v. Bethmann-Hollweg auf Runowo, 10 Wahlkr.: Kreisgerichtsrath a. D. Pilaski.

Trier. 5. Wahlkr.: Ober-Berghauptmann Krug v. Nidda in Berlin.

Cöslin. 3. Wahlkreis: General von Moltke.

Aachen. 1. Wahlkr.: Domprobst Holzer in Trier.

Arnsberg. 6. Wahlkr.: Redakteur Dr. Becker.

Cöln. 4. Wahlkr.: Landgerichtsrath Dr. Frhr. v. Proff-Irnich in Bonn.

Potsdam. 1. Wahlkr.: Oberpräsident v. Jagow.

Frankfurt. 2. Wahlkr.: Baron v. Vaerst.

Düsseldorf. 11. Wahlkr.: Oberstaatsanwalt z. D. Kangießer.

Stettin. 5. Wahlkr.: Landrath v. Schöning.

Cöln.: 2. Wahlkr.: Bürgermeister a. D. Weygold.

Potsdam. 2. Wahlkr.: Landrath Persius.

Oppeln. 9. Wahlkr.: Kreisger.-Rath Wolff.

Hohenzollern: Staatsanwalt Evelt zu Hechingen.

Frankfurt: Frhr. Mayer Carl v. Rothschild.

Münster. 2. Wahlkr.: Kreisrichter von Kleinsorgen.

Königsberg. 3. Wahlkr.: General Vogel von Falckenstein.

Gumbinnen. 5. Wahlkr.: Graf von Lehndorf in Steinort.

Oppeln. 5. Wahlkr.: Graf Guido Henckel v. Donnersmarck auf Neudeck.

Stettin. 4. Wahlkr.: Redakteur Otto Michalis.

Arnsberg. 3. Wahlkr.: Reg.-Präs. v. Holtzbrinck.

Berlin. Lasker erhielt 7708, Waldeck 8291, Wiggers 9630, Runge 6831, Duncker 7103, Schulze 6942; dagegen Roon 4721, Bismarck 5138 (im zweiten Bezirk 1464), im sechsten Wahlbezirk Vogel v. Falckenstein 1449, Herwarth v. Bittenfeld 2268 und v. Steinmetz 1216 Stimmen.

Se. Majestät der König wird voraussichtlich den Reichstag persönlich eröffnen.

Breslau. In Reichenbach erhielt Twesten 5587 Stimmen, Landrath Olearius 3959, Dr. v. Schweitzer 3109, Geistlicher Rath Müller in Berlin 1246 Stimmen, also engere Wahl zwischen Twesten und Olearius da sich die für den Lassaliten Schweitzer und für den clericalen Candidaten Müller abgegebenen Stimmen schwerlich Twesten zuwenden werden, so ist dort seine Wahl entschieden unsicher.

Mohrungen. v. Below (conserv.) ist mit 7963 Stimmen gegen 5458 Stimmen, die für v. Forckenbeck abgegeben waren, gewählt worden.

Culm. Im Wahlkreise Thorn - Culm sind abgegeben 19,656 Stimmen; davon 7196 für Justizrath Meyer, 2841 für von Sänger-Grabowa, 9595 für Czarlinski Zakrzewko 24 verschiedene, also engere Wahl zwischen Czarlinski und Meyer.

Lauenburg i. P. Giltige Stimmen waren abgegeben 14,333, davon erhielten Landrath v. Gottberg 11,287 Stimmen, Graf Schweren 2758 St., zersplittert 288 St., ungiltig 2084 St.

Engere Wahlen sind vorzunehmen in folgenden Wahlkreisen:

Marienwerder. 7. Wahlkr.: Kreisger.-Rath Pasewaldt, Graf Königsmarck-Kamnitz.

Potsdam. 5. Wahlkr.: Staatsm. Gr. v. Itzenplitz, Kreisger.-Rath Pannier in Oranienburg.

Stralsund. 2. Wahlkr.: Rittergutsbesitzer von Behr - Bargatz, Geh. Rath Baumstark-Eldena.

Breslau. 11. Wahlkr.: Stadtger.-Rath Twesten in Berlin, Landrath Olearius in Reichenbach, 13. Wahlkr.: Prof. Dr. Gitzler, Decan der juristischen Fakultät zu Breslau, Landschafts-Direktor Freiherr v. Zedlitz-Neukirch auf Pischkowitz.

Oppeln. 12. Wahlkr.: Landrath a. D. Friedenthal auf Gießmannsdorf, General Vogel v. Falckenstein.

Münster. 3. Wahlkr.: Oberpräsident v. Duesberg, Kreisgerichtsrath Winkelmann, 4. Wahlkr.: v. Mallinkrodt in Düsseldorf, Appell.-Ger.-Rath Versen in Hamm.

Arnsberg. 8. Wahlkr.: Wirkl. Geheime Rath v. Galen zu Münster, Gewerke Kropf zu Olsberg.

Düsseldorf. 1. Wahlkr.: Prof. Heinrich v. Sybel, Maschinenbauarbeiter Jacob Audorf jun. 2. Wahlkr.: Minister-Präsident Graf v. Bismarck, Rechtsanwalt v. Forckenbeck. 3. Wahlkreis: Kurator Beseler, Bürgermeister Trip.

Düsseldorf. 4. Wahlkreis: Landrath a. D. von Frentz. Groote (Abgeordneter). 9. Wahlkreis: Bloemer. Michelis Allenstein.

Trier. 2. Wahlkreis: General Herwarth von Bittenfeld in Coblenz. Professor Marx in Trier.

## In- und Ausland.

**Preußen** ☐ Berlin, 16. Febr. Mit der Vollziehung der Wahlen zum norddeutschen Reichstage ist der factische Beweis gegeben worden, daß die Umgestaltung Deutschlands nicht mehr aufgehalten werden kann. Die Wahlbewegung war in allen Gebieten des neuen Bundes eine äußerst lebhafte. Die Agitation zeigte im Großen und Ganzen zwei Strömungen, die gouvernementale und die antigouvernementale. Die letztere hat den Sieg davon getragen, soweit die Ergebnisse der Wahlen bekannt sind, namentlich in den Städten, welche durch und durch antigouvernemental sind Die Regierung ist dadurch nicht überrascht worden, sondern hat diesen Erfolg der Wahlen vorausgesehen und bereits vor vier Wochen diejenige Maßregel getroffen, durch die sie in den Stand gesetzt ist, den eventuellen Uebergriffen einer antigouvernementalen Majorität entgegen zu treten. Sie hat sich nämlich in dem Protokoll, das hier am 18. Januar im Local des Königlichen Staatsministeriums von sämmtlichen Bevollmächtigten der Conferenz, die hier seit dem 15. Dezember 1866 zur Berathung und Feststellung des norddeutschen Bundes versammelt waren, unterzeichnet wurde, das Recht übertragen lassen das Parlament nicht nur einzuberufen und zu eröffnen, zu vertagen und zu schließen, sondern auch aufzulösen und zwar einzig und allein nach eigenem Ermessen. Sie steht also dem Parlamente ziemlich dictatorisch gegenüber. Das in Rede stehende Protocoll ist von großer Bedeutung und Tragweite; dasselbe zeigt, daß die 21 norddeutschen Bundesgenossen Preußens in Allem und Jedem einig mit Preußen sind und daß sie im Voraus jeden Schritt billigen, den Preußen als die führende Macht zu thun gedenkt, um etwaigen Uebergriffen des Parlaments entgegen zu treten. Viel Gutes ist unter solchen Umständen von dem Parlamente für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Die deutsche Verwirrung dürfte darin in ihrer ganzen Widerwärtigkeit zum Vorschein kommen. Die aus ihren Schläuchen herausgelassenen Winde werden darin in einer Weise gegen einander toben, daß dem Herrn Aeolus Bismarck nichts übrig bleiben wird, als mit einem „Quos ego" dazwischen zu fahren. — Es hat übrigens eine ebenso große Hingebung wie Umsicht der Behörden dazu gehört, um die Ausführung der Wahlen nach dem neuen ungewohnten Verfahren in so kurzer Zeit zu ermöglichen. Preußen wurde in dieser Hinsicht seine Aufgabe noch erschwert dadurch, daß es diese Wahlen zum Theil in Landestheilen vorbereiten mußte, deren Verhältnisse ihm noch wenig bekannt waren. Dennoch ging die Vorbereitungsarbeit überall rasch und sicher vor sich. — Die von dem „Avenir national" gebrachte Analyse des Verfassungsentwurfes, welchen die Conferenz der Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes annahm, wurde uns als correct bezeichnet. — Das Landes-Oeconomie-Collegium hat seine Sitzungen eröffnet; es wird Montag und Dienstag Plenarsitzungen, am Mittwoch eine Commissions-Berathung abhalten und sodann Donnerstag, Freitag und Sonnabend wiederum zu Plenarsitzungen zusammentreten. Zuerst werden die Vorlagen des Ministeriums erledigt; dann folgen die Vorlagen der Mitglieder nach der Reihenfolge, in der sie eingebracht wurden; es sollen indeß diejenigen Vorlagen, welche ihrem Inhalte nach mit einander zusammenhängen, auch im Zusammenhange erledigt werden. So z. B. die Vorlage des Ministeriums wegen Neugestaltung der Ackerbauschule zu Rotrscheid im Zusammenhange mit dem Rath'schen Antrage auf Errichtung einer Ackerbauschule am Niederrhein nach den Prinzipien der Ackerbauschule zu Hildesheim. Die Vorlagen des Ministeriums beginnen mit dem Gesetz - Entwurf zum Schutz der Vögel.

— Die Deputirten der ständigen Bürger-Repräsentation von Frankfurt a. M. sind hier eingetroffen, um Sr. Maj. dem Könige eine Petition zu überreichen. Die Deputation besteht aus den Herren Dr. jur. Jucho, Dr. jur. Schlemmer, Alex. Scharff, Phil. Schmidt-Polex, Jul. Chun. Der Inhalt ihrer Petition geht bekanntlich dahin, daß die der Stadt Frankfurt auferlegte Contribution in eine Preußische Staatsschuld umgewandelt und daß Frankfurt zum Sitze höherer Behörden gemacht werde. Der Tag für eine Audienz bei Sr. Maj. dem Könige ist noch nicht festgestellt.

— Die durch viele Zeitungen verbreitete Nachricht, als wäre bei den neulichen Berathungen der Delegirten des Norddeutschen Bundes die ursprüngliche Vorlage der Preußischen Regierung in Betreff der Militär-Verfassung wesentlich abgeändert, entbehrt jeder Begründung.

— Von den Stuttgarter Conferenzen der Süddeutschen Regierungen behauptet die Hess. Landeszeitung zu wissen, daß in denselben auch eine Einigung über den Fortbestand der Süddeutschen (ehemaligen Bundes-) Festungen Ulm, Rastatt, Landau erzielt sei. Die Festungen würden auf gemeinsame Kosten der Süddeutschen Staaten erhalten werden. Landau bliebe wie bisher von Baiern besetzt, Rastatt und Ulm erhielten vermuthlich gemischte Besatzungen.

Kiel, 16. Febr. Den bei der Einverleibungsfeier nicht erschienenen 11 städtischen Deputationen wird durch Reskript des Oberpräsidenten ein Verweis ertheilt und bei künftigem Ungehorsam mit Suspendirung der Städteordnung gedroht.

Hannover, 15. Februar. Der „Hann. Cour." schreibt: „Es sind gegenwärtig die auf die Beeidigung der Beamten bezüglichen Ausführungsvorschriften ergangen und wird demgemäß die Beeidigung derselben in nächster Zeit vor sich gehen. Was den äußerlichen Modus derselben angeht, so schwört der Vorstand einer Behörde in Gegenwart seiner Beamten zunächst selbst und nimmt dann diesen Eid ab. Der abzuleistende Eid ist für einen Diensteid erklärt und verliert mithin durch Niederlegung des Dienstes seine Kraft, so daß hierdurch bei der Berechtigung jedes Beamten zur Niederlegung seines Dienstes dasjenige Bedenken gehoben ist, welches immerhin für die Beamten, die bekanntlich vom König Georg nur unter der, wenn auch noch so unwahrscheinlichen, Resolutivbedingung seiner Wiederbesteigung des Thrones von ihrem Eide entbunden waren, darin liegen mußte, daß sie dem Könige Wilhelm einfach und unbedingt den Eid leisten sollten."

**Baiern.** München, 16. Febr. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer legte der Minister des Innern einen Gesetzentwurf vor, durch welchen die Einsetzung ständischer Kammerausschüsse für die Sozialgesetze sowie für die Vorlage betreffend die Umgestaltung des Heerwesens verlangt wird. Als Motiv wird die nothwendige Beschleunigung der Arbeiten angegeben.

**Oesterreich.** Wien, 15. Febr. Durch kaiserliches Handschreiben wird der Geheimrath v. Mailath auf sein Ansuchen seines Postens als ungarischer Hofkanzler unter Verleihung des Großkreuzes des Stephansordens enthoben und zum judex curiae für Ungarn ernannt.

**Frankreich.** Paris 13. Febr. Die Thronrede wurde an mehreren Stellen sehr lebhaft applaudirt, namentlich gaben die Senatoren und Deputirten, oder doch die Majorität derselben, sehr lebhaft ihre Zustimmung bei der Stelle kund, welche die Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes verhieß. Auch der Schluß der Rede, der von dem herkömmlichen Civilisationsmarsch handelte, fand sehr lebhaften Beifall. Dennoch schien mir die Befriedigung nicht allgemein zu sein und ich hörte beim Hinausgehen vielfach sehr abfällige Urtheile, mehrmals sogar: „C'est un fiasco complet!" Auch schien es mir als ob der Kaiser an einigen Stellen, z. B. da, wo er die Senatoren und Deputirten lobte, daß sie ihm die Initiative der liberalen Concessionen überlassen, Beifall erwartet hätte. Es verharrte Alles in ehrfurchtsvollem Stillschweigen.

Paris, 16. Febr Dem Senate ist ein Senatuskonsult zugegangen, durch welches der Senat ermächtigt wird, vor der Beschlußfassung über den Erlaß eines Gesetzes dasselbe, sofern es ihm noch wichtige Abänderungen zuzulassen scheint, zur nochmaligen Berathung an den gesetzgebenden Körper zurückzuschicken. Wenn aus dieser die betreffende Vorlage zum zweiten Male unverändert hervorgeht, so hat der Senat nur noch die Frage der Verfassungsmäßigkeit zu prüfen.

Paris, 16 Febr. Dem „Etendard" zufolge hat der hiesige preußische Botschafter Graf v. d. Goltz dem Marquis Moustier am vergangenen Dienstag eine Note mitgetheilt, in welcher die preußische Regierung sich den Ansichten Frankreichs in der orientalischen Frage vollständig anschließt.

Paris, 16. Febr. Das Budget für das Jahr 1868 weist folgende Positionen nach: Ordentliche Einnahmen 1,673,451,585, besondere und Departements - Einnahmen 259,076,993, außerordentliche 21,996,666 Frcs. Ordentliche Ausgaben 1548,775,621, besondere und Departements - Ausgaben 259,076,993, außerordentliche Ausgaben 146,489,500 Frcs. Die Gesammteinnahmen belaufen sich demnach auf 1954,525,244, die Gesammtausgaben auf 1954,342,114 Frcs. Ueberschuß 183,130 Frcs.

**Italien.** Florenz, 15. Febr. Ueber die Kabinetsbildung ist noch kein endgültiger Beschluß gefaßt, wird jedoch binnen Kurzem erwartet.

Florenz, 16. Febr. Die Neubildung des Ministeriums hat in folgender Weise stattgefunden: Ricasoli Präsidium und Inneres, Visconti-Venosta auswärtige Angelegenheiten, Depretis Finanzen, Devincenzi öffentliche Arbeiten, Brancheri Marine, Correnti Unterricht, Cugia Krieg. Mari übernimmt wahrscheinlich das Portefeuille der Justiz.

Triest, 17. Febr. Der Lloyddampfer „Juno" ist heute mit der ostindischen Post aus Alexandrien hier eingetroffen und überbringt Nachrichten aus Calcutta vom 23. und aus Bombay vom 29. Januar. Der Gesandte des Königs von Bokhara war in Calcutta angekommen. Zwischen den Truppen des Emir Chir Alis und Afzul - Khan in Kabul haben drei Treffen stattgefunden, die ohne Entscheidung geblieben sind.

Am 12. Februar war Jussuf Karam auf seiner Reise nach Algerien in Alexandrien eingetroffen

**England.** London, 15. Febr. Die telegraphische Verbindung mit Valentia ist wieder in's Stocken gerathen, jedoch erklärten die Minister in beiden Häusern des Parlaments, die Bewegung im südwestlichen Irland sei vollständig vereitelt.

London, 15. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses beantragte das Parlamentsmitglied Gregory die Vorlage der Akten über den Aufstand auf Kreta und befürwortete die Befreiung Kreta's, wofern nachgewiesen würde, daß die Türkei die bezüglichen Zusagen gebrochen habe. Gregory lobt die Politik Lord Stanley's, tadelt aber die Haltung Moustier's. Layard hält die Debatte für unzeitgemäß und den über die Haltung Moustier's ausgesprochenen Tadel für ungerechtfertigt. Stanley erklärt, England habe der Pforte zur Nachgiebigkeit gerathen, eine bewaffnete Intervention hätte den Aufstand nur verlängert. Eine Vorlegung der Akten sei unstatthaft. Gregory zog darauf seinen Antrag zurück.

London, 16. Febr. Aus New-York vom 14. d. Mts. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Mit dem Dampfer „Cuba" sind folgende bis zum 6. d. reichende Nachrichten aus New-York eingetroffen. Der Präsident Johnson hat mit den Mitgliedern seines Kabinets und mehreren Gouverneuren der südlichen Staaten einen neuen Rekonstruktions-Plan berathen, in welchem unter Anderem die Heilighaltung der Nationalschuld, dagegen die Nichtanerkennung der von den Rebellenstaaten kontrahirten Schuld ausgesprochen wird. Der General Grant hat eine Versammlung von Generälen nach Washington berufen, um über die militärische Lage des Südens Berathungen abzuhalten.

Der Dampfer „Cuba" hat 10,000 Dollars an Contanten überbracht.

London, 16. Febr. In Irland ist keine weitere Ruhestörung vorgefallen. Die Anzahl der Fenier, welche bei Killarney erschienen waren, beträgt höchstens 100 Mann; dieselben sind theils flüchtig, theils gefangen, ohne Schaden angerichtet zu haben. Die Telegraphenverbindung ist wieder hergestellt.

London, 17. Febr. Einer Mittheilung des „Court-Circular" zufolge werden der Prinz und die Prinzessin von Wales im Mai den dänischen Hof besuchen.

**Spanien.** Madrid, 16. Febr. Eine Ordonnanz des Generalkapitäns erklärt die Redacteure und Drucker geheimer Druckschriften, sowie die Kapitalisten, welche die Mittel dazu liefern, der Todesstrafe schuldig.

**Rußland.** Petersburg, 16. Febr. Sämmtliche Journale sowie die Börse nahmen die Thronrede des Kaisers Napoleon, besonders die in derselben ausgesprochene Ueberzeugung von der Erhaltung des Friedens, mit großer Genugthuung auf. An der Börse trat eine namhafte Haussebewegung ein.

Petersburg, 17. Febr. Sämmtliche officielle und officiöse Journale äußern sich, indem sie die französische Thronrede besprechen, übereinstimmend dahin, daß, wenn ein Einverständniß der europäischen Kabinette in der orientalischen Frage erzielt worden sei, so habe Rußland nicht ein einziges Prinzip in seiner orientalischen Politik geändert. Es gehe im Gegentheil daraus hervor, daß die europäischen Mächte, nachdem sie die Uneigennützigkeit Rußlands erkannt, sich entschlossen haben, ihre Politik mit den Handlungen Rußlands in Uebereinstimmung zu bringen.

Die „Nordische Post" äußert sich über die angebliche Unterredung des russischen Gesandten in Wien, Grafen Stackelberg, mit Freiherrn v. Beust folgendermaßen: Wenn jene Unterredung wirklich stattgefunden, so widerspricht sie nicht den prinzipiellen Beziehungen der russischen Diplomatie zur orientalischen Frage.

## Lokales und Provinzielles.

Danzig, 18. Februar

(Unvermeidliche Folgen des Wahlresultats.) Daß es zwischen der nationalen und alten Fortschrittspartei nunmehr zum Compromiß kommt, ist unzweifelhaft, da die betreffenden Fraktionsführer darüber schon zum Einverständniß gekommen sind, die Comite's zu combiniren und in einer allgemeinen Versammlung das Zusammenwirken zu empfehlen. Gelingt dieser Coup, wie vorauszusehen, und werden die 1017 Stimmen von Langerhaus den 4388 von Twesten zugezählt, dann möchte es den Anschein gewinnen, als sei die Majorität für Letztern gesichert. Dennoch dürften die Liberalen nicht außer Acht lassen, daß aus Lauheit noch eine beträchtliche Anzahl Konservativer sich von der Wahl fern gehalten hat und daß selbige bei der jetzt drohenden Gefahr von der gegnerischen Partei überstimmt zu werden, es als Ehrensache betrachten werden, sich von ihren Ruheplätzen zu erheben und ein Paroli zu bieten. Daß dieses Kalkul ein richtiges ist, ergiebt sich aus dem

Verhältniß der abgegebenen Stimmen zu dem der Gesammtwählerzahl und daraus, die Liberalen alle nur erdenklichen Mittel angewendet haben, um in der vollen Stärke an den Wahltischen zu erscheinen, ergo hat unter der konservativen Partei noch eine große Theilnahmlosigkeit geherrscht. Darum rufen wir allen denjenigen die eine Ehre darin setzen wollen, den Kandidaten, welchen die Konservativen als den am meisten Befähigten zur Vertretung unserer Stadt erkannt (Herrn Justizrath Martens) durch Majorität gewählt zu sehen, zur rechten Zeit zu: „beeilt Euch bei der nunmehr eintretenden Nachwahl das gut zu machen, was Ihr versäumt habt!" — Da namentlich unser Abgeordnetenkandidat auch dahin wirken soll, daß der Glanz unseres Herrscherhauses nicht im Geringsten durch solche Mitglieder des Norddeutschen Parlaments verdunkelt werde, welche im Sinne der Abgeordneten in den früheren Legislaturperioden zu operiren gedenken, so beherziget das alte Sprichwort: „Es ist nicht gut, wenn Viel' regieren, das Steuer soll nur Einer führen!" und sorgt durch die Wahl dafür, daß es in der Geltung bleibt.

t. (Die erste Wahlschlacht) ist vorüber, was haben wir aus ihr gelernt und wie sind wir dabei weggekommen? Weggekommen sind wir dabei leidlich gut, denn wir dürfen bis jetzt noch keine Niederlage beklagen, da unser Kandidat nicht, wie der Kandidat der Radikalen, ganz von der Liste verschwindet, sondern zur engern Wahl kommt. Ueber das Resultat der engern Wahl jetzt schon Vermuthungen aussprechen zu wollen, wäre jedenfalls voreilig; obgleich sich nicht in Abrede stellen läßt, daß die Chancen zur Durchbringung unsers Candidaten noch dieselben, wie bei der ersten Wahl sind. Es liegt freilich viel in der Zusammensetzung der Wahlvorstände. Wir wissen zwar nicht, ob der Herr Bürgermeister Lintz absichtlich oder zufällig die Wahlvorsteher zum weit überwiegenden Theile aus der liberalen Partei ernannt hat. Da wir jedoch zur Annahme des letzten Falles uns der großen Unparteilichkeit halber, welche wir an unserer städtischen Spitze immer bei derartigen Gelegenheiten beobachtet haben, berechtigt glauben, so ist dieses wohl genügend zu entschuldigen. Im Interesse aller Bürger wäre es jedoch für die Zukunft wünschenswerth, wenn bei Berufung der Wahlvorsteher den Interessen aller politischen Parteien dadurch Rechnung getragen würde, daß entweder nur solche Wahlvorsteher in Funktion gerufen werden, welche sich den Parteien ganz fern halten, oder wenn dieses nicht möglich, die bekannten Männer aller Parteien gleichmäßig sich in derartige Aemter theilten. Dem Umstande, daß in den meisten Wahlbezirken die Wahlvorstände der liberalen Partei angehört haben ist es denn auch wohl zuzuschreiben, daß für Danzig das Ungeheuerliche geschehen ist, daß in manchen Wahllokalen bis 32 Stimmzettel für ungiltig erklärt worden sind, welche allen Anforderungen eines giltigen Wahlzettels entsprechen. Wir meinen die Zettel mit den Worten „Justizrath Martens". Das betreffende Wahlreglement hat nicht vorgeschrieben, daß die Wohnung oder der Wohnort des Gewählten sich darauf befinden müsse; sondern verlangt dieses nur nach seinem Sinne in zweifelhaften Fällen, indem der betreffende §. lautet: „Ungiltig sind: Wahlzettel, aus denen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist." Da nun als Wahlvorstände nur Bürger der Stadt Danzig fungirt haben, so finden wir es völlig unerhört, wie ein Danziger Bürger erklären kann, er könne aus den Worten: „Justizrath Martens" die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft erkennen; und dieses wird uns total unbegreiflich, wenn man keinen zweiten „Justizrath Martens" im ganzen preußischen Staate weiter kennt. Entweder will man sich hier aus Prinzip unwissend stellen, oder die Gemüthlichkeit und der gesunde Menschenverstand hört auf, und der Blödsinn fängt an. Doch genug hiervon; vernünftige Männer der eigenen (liberalen) Partei haben derartige Wahlvorgänge gerichtet dadurch, daß sie sachlich dasselbe ausgesprochen, was wir hier angedeutet haben. — Wir haben also gelernt, daß wir noch lange nicht den Standpunkt der Phrasen und der Buchstabenreiterei überwunden haben, sondern für die Folge auch auf derartige Plänkeleien gefaßt sein müssen, wie wir sie bei der ersten Wahl zum Nordd. Parl. erlebt haben. Es wird also nöthig sein, nicht nur den allbekannten Namen noch den Wohnort, sondern auch die Straße, Hausnummer rc. rc. hinzuzufügen, damit bei der nächsten Zählung der Stimmen nicht etwa noch Jemand herausklügelte, es wäre nicht hinreichend, wenn Stadt oder Straße vorgezeichnet sei, es müßte auch noch die Hausnummer auf dem Zettel vorhanden sein. So bis an die Zähne mit Buchstaben bewaffnet, können wir denn aber mit getrostem Muthe zur engern Wahl gehen, dann werden wir auch der afrikanischsten Interpretation gewachsen sein. Wir haben aber noch mehr gelernt. Wir haben aus den Wählerlisten ersehen, daß wir schon allein in den als giltig anerkannten Stimmen die Zahl von 3539 erreichen, wenn wir hierzu noch alle die Stimmen zählen, welche aus dem vorn angeführten Grunde für ungültig erklärt sind, wenn wir ferner diejenigen, welche wirklich ungiltig sind, weil der Wähler noch seinen Namen hinzugefügt rc. hinzurechnen, so haben für unsern Candidaten, Justizrath Martens, schon bei der ersten Wahl über 4000 gestimmt. Wenn wir nun auch annehmen wollen, daß die geschlagene Partei der Radikalen ihre Grundsätze und die ihnen von der national-liberalen Partei ausgetheilten Fußtritte (Nr. 4061 der Dz. Ztg., Flugbl. d. d. 26. Jan. 67, — Versammlung am 11. Febr. 67 im Schützenhause) vergessen haben sollten, und für den Candidaten der sog. national-liberal Partei, Twesten, stimmen würden, so blieben uns nur immer noch ein Drittheil unserer schon abgegebenen Stimmen mehr aufzutreiben, was durchaus nicht schwierig sein kann, wo es sich darum handelt, die höchsten Inteſſen unseres Vaterlandes zu fördern. Vorwärts also mit Gott an die Arbeit! Ein Jeder thue nach seinen Kräften, was er thun kann, um seine Mitbürger zu überzeugen, daß nicht Parteihaß uns treibt, sondern Liebe zu unserm Vaterlande, Liebe und Achtung vor unserer Vaterstadt wiederzuwählen: Herrn Justizrath Martens in Danzig.

tz. (Der Abgeordnete Ger.-Rath Twesten) spricht in seinem Schreiben vom 3. Febr. d. J., welches er an die Fraktion der Liberalen gerichtet hat, die ihn als Candidaten für das Volks-Parlament aufgestellt haben, die ihm seit Jahren geläufigen Ansichten aus. In einem Punkte, der speziell das Volksparlament betrifft, können wir ihm ganz beistimmen, nämlich wenn er sagt:

„Daher halte ich es für die heilige Pflicht, sowohl der Regierung wie der Volksvertretung, diese Einigung ernstlich zu suchen. Gegenseitige Feindseligkeit und die Erinnerung früherer Zerwürfnisse dürfen sie nicht gefährden."

Entschiedenen Widerspruch müssen wir dagegen erheben, wenn Herr Twesten sich also vernehmen läßt:

„Für völlig unzulässig halte ich es — ein für allemal einen hohen Militäretat festzustellen, und dadurch den Vertretern des Volkes das wesentliche Mittel zu entziehen, einen berechtigten Einfluß auf die Staatsverwaltung zu üben."

Also die Militärfrage, dieser vieljährige Zankapfel, soll wieder unter das Volk geworfen werden, mag es darüber immerhin wieder zu einem Conflikt kommen und das Herz unseres Königs verletzt werden. Also berechtigt ist der Einfluß auf die Staatsverwaltung, welcher dadurch gewonnen wird, daß man dem Könige vorschreibt, wie viel Soldaten er halten darf, nämlich nur so viele, wie der bewilligte Militäretat zu halten gestattet. Vielleicht genügen dem Herrn Twesten 42,000 Mann, welche im Frieden zu Tilsit von Napoleon I. als das Maximum der Preußischen Armee festgestellt wurden. Klug berechnet ist die Phrase, wenigstens für den nächsten Zweck, denn Herr T. ist ein kluger Mann; wenn es ihm sehr daran gelegen ist, Mitglied des Volksparlaments für Danzig zu werden, so konnte er unseren Demokraten schwerlich etwas Willkommeneres darbieten als die Perspective auf einen neuen Conflikt. Wir erinnern uns ja noch, wie angenehm es für die Ohren derselben klang, als die Loosung „Null und nichtig" zuerst erscholl, und wie erhebend es auf sie wirkte als es hieß: „Diesem Ministerium keinen Mann und keinen Thaler! Groß ist die Diana der Epheser, aber größer ist das Preußische Abgeordnetenhaus. Nämlich so lange man daran glaubt. Bonaparte glaubte nicht an die Größe der französischen Volksvertreter, und Narvaez scheint nicht an die Größe der spanischen zu glauben. (Das Volksparlament, welches allen Anschein nach eine bedeutende demokratische Majorität darstellen wird, wird sich in dieser Gestalt wohl riesengroß, dünken, und wir sind auf den Erfolg dieses Dünkels wirklich gespannt.) Die große demokratische Majorität in den frühern Sessionen der zweiten Kammer hat mit ihrer petulanten Opposition gegen die Regierung trotz deren Langmuth und Nachsicht nichts ausgerichtet, vielmehr zu ihrer Stärkung beigetragen indem die ohne ihre Mitwirkung, ja trotz aller Resolutionen und Unheilsprophezeihungen errungenen glorreichen Siege gezeigt haben, daß der Schwerpunkt der Macht da liegt, wo er immer liegen muß. Die Einsichtigen in dem jetzigen Abgeordnetenhause haben sich denn auch gegen die Erkenntniß dieser Thatsache nicht verschlossen und sind fügsamer geworden, und so ist die jetzt beendigte Session nach langer Zeit wieder einmal eine solche gewesen, die dem Lande zum Segen gereicht hat. Zu den Einsichtigen haben wir Herrn T. auch gerechnet, und um so unangenehmer hat uns das hier angeführte zweite Citat seines Briefes berührt. Das kommt aber davon her, wenn man eine Mittelstellung einnimmt, sich so zu sagen zwischen zwei Stühlen setzt. Entweder ganz Waldeck, ganz Jacoby oder ganz Conservativer, der weder ein Serviler noch ein Feudaler zu sein braucht. Die neuentstandene Fraction der sogenannten Nationalen, zu der Herr T. gehört, hat das Programm aufgestellt: „Unterstützung der äußeren, Bekämpfung der innern Politik der Regierung." Dies ist in der That selbst eine wunderliche Politik, wenn sie auch schlau darauf angelegt ist, eine Spaltung im Ministerium zu bewirken. Wir meinen doch, der König ist der alleinige Landesherr und Regent, und die Minister sind die obersten, ihm verantwortlichen Organe seines Regiments, der König ist aber gewiß eine untrennbare Einheit; jene Nationalen dagegen scheinen Ihn sich als eine Zweiheit zu denken, die von einem dualistischen Ministerium sich bestimmen läßt. Wäre dem wirklich so, dann dürfte man sich nicht wundern, daß jene Partei, da man nicht zweien Herren dienen kann, das Ministerium zu einer Einheit gestalten will, aber natürlich in ihrem Sinne und durch Männer ihrer Wahl, die es ihr möglich machen sollen, aus dem dienen in ein Herrschen überzugehen. Denn auch Einem Herren zu dienen sind diese Leute weder geneigt noch fähig, weil jeder Herr den ganzen Mann haben will, sie aber wollen wie alle Fortschrittler den Herrn zu ihrem Dienstmann machen. Das Ministerium Schwerin hat uns davon ein lehrreiches Beispiel aufgestellt.

** (Curiosa bei den Parlamentswahlen auf der Nehrung.) Die Danziger Nehrung hat bei den Wahlen ebenso, wie der Danziger Kreis im Ganzen, diesmal der Königstreuen Gesinnung ihrer Bewohner Ehre gemacht; während früher bei der öffentlichen Abstimmung der Einfluß des Hofbesitzers Bodenstein in Krohnenhof und weniger anderer Fortschrittler die Nehrung in den üblen Ruf demokratischer Gesinnung gebracht hatte. Ein paar seltsame Fälle mögen aber doch notirt werden. Der Oberschulz Klaaßen in Steegnerwerder hat sich und sein Amt soweit vergessen, daß er durch Umhersendung von Circularen bis über seinen Bezirk hinaus den Candidaten der Fortschrittler, während ihm der Regierungs-Kandidat sehr wohl bekannt war, empfahl, und so im regierungsfeindlichen Sinn so lange agitirte, bis ein Schulz und andere Conservative die verfänglichen Circularien anhielten, und höhern Orts einreichten. Herr Claaßen ist noch Oberschulz, und — was noch wunderbarer ist, hat bisher sein Amt noch nicht freiwillig niedergelegt. Ein altes Sprichwort sagt: „Spiele nicht mit Schießgewehr", gleichviel ob du es aus den Händen vom Oberförster oder Doctor der Medicin empfängst.

Im Kirchspiel Pröbbernau und auf der Hinternehrung ist ganz conservativ gewählt, mit Ausnahme von nur drei für den Kandidaten der Fortschrittler abgegebenen, durch eine besondere Papierfärbung sich erkenntlich machenden Stimmzetteln, zu deren Einlieferung sich der städtische Förster, ein Anderer und — der Pfarrer — entschlossen.

— (**Die Wahl des Geh. Reg.-Raths von Brauchitsch**) — in den Kreisen Elbing und Marienburg ist noch glänzender ausgefallen, als in der letzten Nummer unsrer Zeitung gemeldet war. Derselbe hat 11,661 Stimmen erhalten, gegen 3566, welche auf Rechtsanwalt v. Forckenbeck fielen.

— (Mode.) Kürzlich ging einem hiesigen Geschäftsmanne eine Probe blonder und vergoldeter Haare (à la Cora Pearl) aus Paris zu, die von den Damen Frankreichs zu Coiffüren verarbeitet getragen werden, und von denen ein solcher Haaraufsatz in Paris 1000 Frcs. kostet.

— (Gehaltsverbesserung.) Nachdem bei mehreren Provinzialbehörden die Gehälter der Unterbeamten bis zum Etatssatze von 400 Thlr. aufgebessert worden sind, ist auch jetzt bei der Steuerbehörde die Verfügung erlassen, daß vom 1. April ab, das niedrigste etatsmäßige Gehalt auf 280 Thlr. zu bemessen ist, dem entsprechend die Gehälter aufwärts bis 400 Thlr., in jeder Gehaltsstufe um 50 Thlr. erhöht werden sollen.

— (Kinderspielereien.) Gestern hat ein kleines Kind eines Beamten eine rohe Kaffeebohne in ein Nasenloch gesteckt, und ist dieselbe durch Athmen soweit hinaufgerückt, daß es bis heute trotz ärztlicher Hülfe nicht möglich war, sie aus der gefährlichen Stelle zu entfernen.

— Stadttheater. Nacht und Morgen von Charlotte Birch-Pfeiffer. Die Bearbeitung des Bulverschen Romans verräth wohl die geschickte bühnenkundige Feder der Frau Birch-Pfeiffer, aber diese dramatisirten Criminalfälle, welche an Grausenhaftigkeit den Mystères de Paris nicht nachstehen, sind denn doch für einen Theil des Publikums völlig ungenießbar. Mit Effekten freilich, und zwar recht starken, hat die Verfasserin nicht gespart, auch ist der Gang der Handlung recht spannend, aber das Gemüth des Zuschauers geht dabei leer aus. Es ist entschieden zu viel „Nacht" in dem Stücke. Dazu kommen noch viele Unwahrscheinlichkeiten und der mit Platitüden stark versetzte Dialog. — Auch die Darstellung ließ Manches zu wünschen übrig. Unbedingtes Lob können wir nur Frl. Lehnbach (Eugenie) und Hr. Göbel (Gabetry) zuerkennen. Letzterer gab dem Charakter eine bestimmte Festigkeit. Vortrefflich war die Erzählung im dritten Acte. Noch haben wir mit Anerkennung zu nennen: Hrn. Lortzing (Philipp) und Hr. Dr. Köth, der sich mit dem „Lord Lilburne" ziemlich gut abfand.

R Pr. Stargardt, 16. Febr. (Wahlangelegenheit.) Wenngleich im Berent-Stargardter Wahlkreis eine Anzahl deutsch und hauptsächlich preußisch gesinnter Männer zusammengetreten waren, um den Wahlagitationen der Polen, die leise aber desto sicherer auftreten, entgegen zu wirken, und zu diesem Zwecke auch hier eine Versammlung Gleichgesinnter unter Beiseitsetzung aller Parteiinteressen unter dem Vorsitze des Hrn. Bürgermeister Ewe, stattgefunden hatte, in welcher Hr. Landrath v. Neese mit erhebenden Worten darauf hinwies, wie sehr es Noth thue dem polnischen Elemente entgegen zu treten, war es trotz aller Anstrengung dennoch nicht möglich den deutschen Kandidaten den vom Bischof Hrn. v. d Marwitz aufs Wärmste empfohlenen Dompropst Herrn Dr. Herzog in der Wahl durchzubringen.

Das heute verkündete Resultat fiel zu Gunsten der polnischen Partei aus, indem ihr Kandidat Hr. Landschaftsrath v. Jaczkowski auf Lipinken 11,767 Stimmen, Herr Dr. Herzog 6057 erhalten hatte.

Für gänzlich ungültig wurden die Wahlen von 4 Wahlkreisen erklärt, weil bei zweien (Kornen und Niedamowo) die Wahlverhandlungen nicht vollständig eingereicht waren und deren Prüfung nicht vorgenommen werden konnte, bei einer (Konarczyn) es aber unterlassen war die Beisitzer und den Protocollführer vorschriftlich zu verpflichten.

Die Ungiltigkeitserklärung der 4. Wahl, die leider durch den Wahlkommissarius Hrn. Landrath v. Neese und den Beisitzern einstimmig ausgesprochen werden mußte, wurde durch folgenden unerhörten Fall herbeigeführt.

Von Seiten des Wahlkommissarius war der Besitzer Herr Kuhl zu Ponczau zum Wahlvorsteher dieses Wahlbezirks ernannt und hatte derselbe am 12. den Wahlact damit eröffnet, daß er den anwesenden Wählern zum größesten Theil der polnischen Bevölkerung angehörend, die Art und Weise der Abgabe der Stimmzettel auseinandersetzte, demnächst aber die Beisitzer und den Protocollführer ernannte, als welcher Letztere der jüdische Kaufmann Uhlendorff aus Ponczau fungiren sollte. Bei der Vornahme der Vereidigung durch Handschlag trat diesem der Lehrer Pacholski aus Ponczau entgegen, indem er die Vereidigung des Uhlendorff verhindern wollte, den Polen erklärend, daß diese nur durch einen Rabbiner bewirkt werden könne und daß der Uhlendorff sie, die Polen, nur betrügen würde, wenn er blos durch Handschlag verpflichtet wäre. In einer längeren Rede im Wahllocale selbst, von der er sich nicht abhalten ließ, obgleich ihm das Ungesetzliche seines Treibens vorgehalten wurde, wußte der Pacholski die Polen dermaßen aufzureitzen und zu fanatisiren, daß sowohl das Leben des Herrn Kuhl als das des Herrn Uhlendorff, der übrigens ein alter höchst achtungswerther Mann ist und schon mehrere Male bei früheren Wahlen als Protocollführer fungirt hatte, in Gefahr kam, da die Menge bereits zu Handgreiflichkeiten überging. Es blieb schließlich nichts übrig, als daß der Uhlendorff, um sein Leben zu retten, flüchten, und Kuhl den Rädelsführer Pacholski selbst zum Protokollführer annehmen mußte. Eine solche Handlungsweise ist kaum zu glauben, und doch ist sie vorgekommen! Vertrauen wir der Königlichen Regierung, daß dieser Unfug nicht ungestraft bleiben wird, um so mehr als Pacholski in der hiesigen Gegend nicht gut angeschrieben steht.

Was die Betheiligung bei der Wahl selbst anlangt, so dürfte sie wohl einzig im Preußischen Staate dastehen. Es wählten von 20,675 Stimmberechtigten 18,468 also 92% und es wäre wohl wünschenswerth zu erfahren, welche aufregenden Anstrengungen und Arbitrationen Seitens der polnischen Parteiführer dazu gehört haben, das Resultat der Stimmenabgabe der Wahlberechtigten herbeizuführen. Unter der deutschen Bevölkerung spricht sich vielseitig oder vielmehr allseitig das Verlangen aus, diese großartige Agitation in ihrer Durchführung der Besprechung in der Presse nicht zu entziehen und so gedenkt Referent in Besitz des weitern Materials zur Erörterung dieser Angelegenheit zu gelangen.

Aus dem Kreise Schwetz, 16. Februar. Die Wahlschlacht ist in unserem Kreise geschlagen. Der Candidat der deutschen Partei, Rittergutsbesitzer Hisselink-Taschau ist mit über 400 Stimmen Majorität als Abgeordneter für das deutsche Parlamen gegen den Candidaten der sogenannten polnischen Partei, Gutsbesitzer von Radtkiewicz-Briesen, siegreich hervorgegangen.

## Handel und Verkehr.

Danzig, 18. Februar 1867.

Bahnverkäufe.

Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5—126 ℔. 96, 99—97½, 102½ Sgr.; 127—129 ℔. 97½, 103 — 98 — 104, Sgr.; 130, — 131/2 ℔., 132 — 133 ℔. 105 107½ Sgr. — Weizen bunt: dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19-121/22 ℔., 85, 88 — 87½, 90 Sgr., 122/23—124/25 ℔. 89, 92½ — 90, 93 Sgr., 126/7; 91, 94 Sgr. pr. 85 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Roggen, 120—122 ℔. 56½, 57—57½, 58, Sgr., 124—126 ℔., 58½, 59—59½ 60, Sgr. 127—128 ℔. 60½, 61—61½ Sgr. pr. 81⅚ ℔. preuß pr. Schffl. einzuwiegen.

Gerste, kl. Futter- 98/100 — 103/4, ℔. 46— 47, 49 Sgr. pr. 72 ℔. pr. Schffl. einzuwiegen.— Gerste, kl. Malz- 102 —104 ℔. 48, 49—49½, 50½, Sgr. 106 —108 ℔. 51½, 52 — 53, 54 Sgr. 110 ℔. 53½ 54½ Sgr. pr. gemessenen Scheffel.— Gerste, gr. Malz- 105 — ℔., 52 53 — Sgr. 107—110 ℔. 53, 53½—54½, 55 Sgr., 112 114 ℔. 54½, 56—55½, 56½, 57 Sgr. pr. 72 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Hafer 27½—30 31 Sgr. pr. 50 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch- 62½,— 64, 65 Sgr., abfallende 57 58—59 61 Sgr. pr. 90 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Spiritus: 16¼ Rt. pr. 8000 % Tr. vergebens geboten.

Börsenverkäufe.

Nur für die feinen Sorten Weizen sind Käufer. Die bezahlten Preise fielen zu Gunsten der Inhaber aus. Umsatz 100 Last. —

Bedungen wurde: für ord. 118 ℔. fl. 495, 127/28 ℔. Sommer- fl. 550, bunt 123 ℔., 127 ℔. bezogen fl. 575, 123/24 ℔. fl. 572½, gut- und hellbunt 121/22 ℔. fl. 575, 126 ℔. fl. 585, 125 ℔. fl. 587½, 327/28 ℔. fl. 603, 127 ℔. fl. 605, 128 ℔., 128/29 ℔. fl. 605, 127 ℔. fl. 615, hochbunt 130 ℔. fl. 630 pr. 5100 ℔. pr. Last.

Roggen unverändert. Umsatz 5 Last. Preise nicht notirt.

Erbsen weiß: fl. 375, fl. 378, fl. 390 pr. 5400 ℔. pr. Last.

# Ergebniß

## der Wahl zum Parlament des Norddeutschen Bundes im 1. (Kreis Elbing-Marienburg) Wahlbezirk des Regierungsbezirks Danzig,

**festgestellt am 16. Februar durch den Wahlkommissarius Landrath Parey in Marienburg und die Beisitzer:**

1. Stadtrath Janson-Elbing, 2. Stadtrath C. Febmann-Elbing. 3. Stadtrath Schwedt-Elbing. 4. Rathsherr Schulz-Marienburg. 5. Rathsherr Schmolke-Marienburg. 6. Beigeordneter Wichmann-Tolkemitt. 7. Stadtkämmener Minkley-Neuteich. 8. Kaufmann H. Lepp-Tiegenhoff. 9. Gutsbesitzer Freyer-Neuteichfelde. 10. Gutsbes. Rittmeister v. Wernsdorff-Stagnittow 11. Deichgeschworener Brüchendorff-Kl. Lesewitz. 12. Gutsbes. Ed. Rentel-Königshoff.

| Wahlorte. | Seelenzahl. | Anzahl der berechtigten Wähler. | Anzahl der abgegebenen giltigen Stimmen. | Anzahl der ungiltigen Stimmen. | Summa der Spalten 4 und 5. |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| Stadt Elbing. | 27,081 | 5182 | 3479 | 25 | 3504 |
| Stadt Marienburg. | 8,013 | 1442 | 926 | 3 | 929 |
| Stadt Tolkemitt | 2,743 | 495 | 161 | 33 | 194 |
| Stadt Neuteich. | 1,719 | 338 | 190 | — | 190 |
| In der städtischen Bevölkerung zusammen. | 39,556 | 7454 | 4756 | 61 | 4817 |
| Ländliche Ortschaften im Elbinger Kreise. | 34,018 | 7114 | 5034 | 9 | 5043 |
| Ländliche Ortschaften im Marienburger Kreise. | 48,316 | 9819 | 5801 | 20 | 5824 |
| In den ländlichen Kreisen zusammen. | 82,334 | 16,933 | 10,838 | 29 | 10,86 |
| Summa Summarum | 121,890 | 24,390 | 5,594 | 90 | 15,684 |

Da nach Spalte 4, 15,594 Stimmzettel abgegeben sind, so beträgt die absolute Majorität 7798 Stimmen. (§ 30 des Reglements.)

### Es haben Stimmen erhalten die Herren:

| No. | Namen. | Stimmen. | No. | Namen. | Stimmen. | No. | Namen. | Stimmen. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 2. | 3. | 1. | 2. | 3. | 1. | 2. | 3. |
| | Kronprinz | 10 | | Dr. Wantrup | 3 | | von Jaskowski | 1 |
| | Prinz Carl | 8 | | Dr. Dittke | 2 | | Deichprunf Ludwig | 1 |
| | Prinz Friedrich Carl | 9 | | Parey | 1 | | Steinke-Hoppenbendt | 1 |
| | von Brauchitsch | 11,661 | | Dr. Jacoby. | 1 | | Tornier Jauerdorf | 1 |
| | von Forckenbeck | 3566 | | Rammiski-Elbing | 4 | | Rugert-Neumünsterb. | 1 |
| | Pfarrer Briese | 212 | | Gomann-Lindenau | 2 | | Martens-Danzig | 1 |
| | Graf v. Sierakowski | 90 | | Ziehm-Dameran | 1 | | Geysner-Ferranowa | 1 |
| | Graf v. Bismarck | 12 | | Hauptm. v. Eggert | 1 | | Gen. Vogel v. Falkenst. | 1 |
| | von Auerswald | 2 | | Wilhelm-Willenz | 1 | | Hauptm. v. Eggert | 1 |

Hiernach ist Herr Geheime Regierungs-Rath von Brauchitsch auf Kl. Katz gewählt.

## Wie Rossini den „Barbier von Sevilla" komponirte.

Als Rossini zu Rom vor etwa 55 Jahren seinen „Barbier von Sevilla" schrieb, der für's Theater Argentina bestimmt war, logirte er in einem armseligen Hotel mit Garcia (dem Vater der Malibran), Zamboni, Boticelli und der Sängerin Giorgi, die der Impressario des Theaters zu seiner Verfügung gestellt hatte, um sein Werk zu interpretiren. Rossini ließ 14 Tage verstreichen, ohne eine Note zu schreiben, er war ein recht fauler Sybarit und erwartete, wie er sich ausdrückt die Inspiration jenes Gottes, den man „die Noth des letzten Augenblicks" nennt und der freilich nur einigen Auserwählten Meisterwerke, vielen andern aber elende Stümpereien in die Seele haucht — Nur zwei Wochen noch, und die Aufführung der Oper sollte stattfinden. Der junge Komponist sollte dem Publikum eine Schlacht liefern, die unter den ungünstigsten Umständen stattfand, denn das Publikum schwärmte für Paisiello, der außerdem noch die — Polizei auf seiner Seite hatte. „Die römische Polizei mischt sich nämlich in Alles", sagte Rossini und lächelte dabei sehr satitisch, wie er's so oft zu thun pflegt.

Endlich schließt sich Rossini in sein armseliges Zimmer ein, ißt wenig (und doch ist er ein Gourmand erster Klasse!) schläft gar nicht läßt den ganzen Tag seine Finger über die Klaviertasten gleiten, während seine Füße den Takt dazu schlagen.

Seine Zimmernachbarn halten ihn für verrückt und jammern darüber, daß auch sie Nachts nicht schlafen können. Im Namen dieser Unglücklichen dringt der Sänger Garcia eines schönen Morgens mit Mühe in Rossini's Zimmer und redet ihn an mit einem Gesicht wie Cicero, als er Blitze gegen Catilina schleuderte:

„Das kann nicht länger so fortgehen. Das ganze Hotel steht auf dem Kopf. Die Giorgi hat Nervenzufälle, Zamboni will durchgehen, Botticelli ist vor Verzweiflung im Keller, ich habe Migraine. Wir sollen Proben halten und schlafen, aber Dank sei es Deiner Faulheit, kommen wir nicht zum Probiren und bei dem Höllenlärm, den Du machst, können wir kein Auge schließen. Du hast Deine Partitur noch nicht einmal angefangen und es ist viel zu spät, um sie herauszubringen. Du issest nicht, Du schläfst nicht, Du hast das Fieber — schreib dem Impressario, Du könnest nichts liefern und leg' Dich zu Bett. Ich und die andern Kameraden werden's eben so machen."

Als Garcia fertig war mit seiner Philippika, sagte Rossini: „Ist das Alles?"

„Ja."

„Na, hole mal die Georgi, Zamboni und die Anderen rasch her!"

„Warum?"

„Das sollst Du gleich sehen, Mach, daß Du fortkommst!"

Eine Viertelstunde nachher waren Sänger und Sängerinnen um Rossini gruppirt, der am Piano saß und boshaft lächelte: „Ah, Ihr glaubt, ich hätte meine Oper noch nicht angefangen? Nun, ich will Euch zeigen, daß keine Note fehlt. Paß auf, Garcia, da ist Deine Serenade:

„Ecco ridente il cielo!"

Hier Zamboni ist Deine Arie:

„Largo all' fattotum della citta!"

Hier Signora Rosia, ist Deine Cavatine:

„Una voce poco fà."

Und mit seiner herrlichen Tenorstimme sang der junge Maëstro, der in Wahrheit „divino" genannt wird, den erstaunten Sängern die ganze Oper vor, accompagnirte sie wacker auf dem Piano und überschüttete sie alle mit jenem Füllhorn unsterblicher Melodien, die noch heute unser Entzücken sind, wie damals das der Römer, die rasch Paisiello und ihre Polizei vergaßen.

Als er fertig war, sagte der Meister: „So — ich hab' das Ding in 14 Tagen improvisirt und nun schickt mir Notenschreiber und thut's Maul nicht eher auf, bis ihr probirt! Addio!








**Angemeldete Fremde am 17. Februar 1867.**

Englisches Haus. Die Herren: Justizrath Jacob a. Königsberg, Zollbeamten Aviow u. Varet a. Alexandrowo, Kaufl. Weber a. Neuß.

Hotel zum Kronprinzen. Die Herren: Prem.-Lieut. u. Rittergutsbes. Heine a. Felgenau, Rentier Bonatz a. Bromberg, Kaufl. Zabel u. Laffert a. Magdebnrg, Hennigs a. Erfurt, Freitag a. Bartenstein.

Hotel du Nord. Die Herren: Oberst und Commandant v. Francois nebst Familie a. Weichselmünde, Standesherr Graf Belkrow aus Schleswig, Rittergutsbes. Bock a. Gawlowitz, Gutsbes. Grolp nebst Gem. a. Bielawken.

Walters Hotel. Die Herren: Rittergutsbes. Boy nebst Gem. a. Katzke, Amtmann Reimann a. Berlin, Kaufl. Schneider a. Berlin, Nieper a. Ravensburg, Kuhn a. Crefeld, Hoche u. Burau a. Neustadt, Schweidler a. Königsberg, Ingenieur Astrom a. Warschau.

Hotel de Berlin. Die Herren: Prem.-Lt. von Usedon a. Königsberg, Rittergutsbesitzer Hirschfeld a. Czerniau, Oberinsp. v. d. Schulenburg a. Berlin, Kaufl. Adler a. Hamburg, Limper a. Rücklingshausen, Gresind u. Woldmann a. Dresden, Krebs a. Halberstadt, Hoogen a. Düren, Rosenthal a. Breslau, Cronheim u. Herter a. Berlin.

Hotel de Thorn. Die Herren: Hauptm. a. D. und Rittergutsbes. Hevelke nebst Gem. aus Werzenko, Gutsbes. Wendlandt a. Neustadt, Navigationslehrer Reinbrecht a. Memel, Rentier Hannemann a. Lauenburg, Kaufl. Petermann a. Hamburg, Lüders a. Laugenbilau, Rudolph a. Barth, Berent a. Berlin, Kahnenberg a. Soest.

Schmelzers Hotel 3 Mohren. Die Herren: Rittergutsbes. Hehring a. Miran, Grokowski a. Breslau, Kaufl. Glasen a. Leipzig, Wagner a. Pasewalk, Schröder a. Elbing, Rentier Kraft a. Memel, Oeconom Jacobs a. Gumbinnen.

Bujacks Hotel. Die Herren: Rittergutsbes. von Unruh a. Schneidemühl, Leiske a. Tuchel, Kaufm. Lindemann nebst Gem. a. Fürstenwalde.



**Berliner Börse vom 14. Februar.**

**Wechsel-Course vom 14.**

| | | |
|---|---|---|
| Amsterdam 250 fl. kurz | 5 | 143 3/4 bz |
| do. 2 Monat | 5 | 143 1/8 |
| Hamburg 300 Mark kurz | 4 | 151 3/4 bz |
| do. 2 Monat | 4 | 151 1/2 bz |
| London 1 Lstrl. 2 Monat | 4 | 6. 22 3/4 bz |
| Paris 300 Fr. 2 Monat | 3 | 80 5/6 bz |
| Wien 150 fl. 8 Tage | 5 | 79 bz |
| do. do. 2 Monat | 5 | 77 3/4 bz |
| Augsburg 100 fl. 2 Monat | 5 | 56 24 |
| Frankfurt 100 fl. 2 Monat | 3 1/2 | 56 26 bz |
| Leipzig 100 Thlr. 8 Tage | 6 | 99 3/4 G |
| do. 3 Monat | 6 | 99 1/6 G |
| Petersburg 100 R. 1 Woch. | 7 | 99. bz |
| do. do. 3 Monat | 7 | 88 7/8 bz |
| Bremen 100 Thlr. 8 Tage | 4 1/2 | 110 5/8 bz |
| Warschau 90 R. 8 Tage. | 6 | 82 1/4 bz |

**Preußische Fonds.**

| | | |
|---|---|---|
| Anleihe von 1859 | 5 | 104 1/4 bz |
| Freiw. Anleihe | 4 1/2 | 99 7/8 G |
| St.-A. von 54—55, 57 | 4 1/2 | 99 7/8 bz |
| do. von 59 | 4 1/2 | 99 7/8 bz |
| do. von 56 | 4 1/2 | 99 7/8 bz |
| do. von 64 | 4 1/2 | 99 7/8 bz |
| do. von 50—52 | 4 | 91 1/2 bz |
| do. von 53 | 4 | 91 1/2 bz |
| do. von 62 | 4 | 91 1/2 bz |
| Staats-Schuldscheine | 3 1/2 | 85 1/4 bz |
| Pr.-Anl. von 55 à 100 | 3 1/2 | 121 1/4 bz |
| Kr.- und Nm. Sch. | 3 1/2 | 82 G |
| Od.-Dchb.-Oblig. | 4 1/2 | — — |
| Kur- u. Neum. Pfandbriefe | 3 1/2 | 79 1/2 bz |
| do. neue | 4 | 90 1/2 bz |
| Ostpreußische Pfandbriefe | 3 1/2 | 78 1/2 bz |
| do. „ | 4 | 86 3/4 B |
| Pommersche „ | 3 1/2 | 78 1/2 bz |
| do „ | 4 | 90 1/4 bz |
| Westpreußische Pfandbriefe | 3 1/2 | 76 5/8 bz |
| do. „ | 4 | 86 bz |
| do. neue | 4 | 85 1/2 bz |
| do. do. | 4 1/2 | 94 1/4 bz |
| Preußische Rentenbriefe | 4 | 91 1/2 G |

**Gold- und Papiergeld.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Friedrichsd'or | 113 5/12 bz | Dollars | 1.11 5/ |
| Gold-Kronen | 9. 8 1/8 G | Sovereigns | 6.23 Gsb |
| Louisd'or | 110 7/8 G | Russische Bakn. | 82 bz |
| Napoleonsdor | 5. 12 1/4 bz | Polnische do. | — — |


Druck und Commissionsverlag von R. W. Wendt in Danzig.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.